



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Frau
Dr. Martina Bunge
Vorsitzende des Gesundheitsausschusses
des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

*Vorsitzender des Vorstandes
der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
Dr. Andreas Köhler
Herbert-Lewin-Platz 2
10623 Berlin*

*Tel.: 030 4005-1001 + 1002
Fax: 030 4005-1090
E-Mail: AKoehler@kbv.de
www.kbv.de*

*Dr. Kö / Gr
12. Juni .2008*

Stellungnahme der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu den Entschließungsanträgen der

Fraktion Die Linke „Aktuelle Finanznot der Krankenhäuser beenden“ (BT-Drs. 16/8375)

Fraktion der FDP „Verbesserung der Finanzsituation der Krankenhäuser“ (BT-Drs. 16/9057)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Krankenhäuser zukunftsfähig machen“ (BT-Drs. 16/9008)

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,

die ambulante Versorgung wird maßgeblich von der Krankenhausversorgung mit geprägt. Ohne ausreichend vorhandene Krankenhäuser, die die Weiterbildung für die Facharztanerkennung gewährleisten, ist langfristig auch die ambulante Versorgung gefährdet. Sichtbar wird dies heute schon im Bereich der Hausärzte, wo der Arztmangel insbesondere in Flächenregionen eklatant spürbar wird. Für die Fachärzte ist über viele Jahre die Weiterbildung in den Krankenhäusern auf Grund der finanziell angespannten Situation stark zurück gefahren worden. Hält dieser Trend an, wird auch für den fachärztlichen ambulanten Sektor eklatantes Versorgungsproblem entstehen.

Der Sicherstellungsauftrag für die vertragsärztliche Versorgung ist nur dann zu erfüllen, wenn genügend ausgebildete Fachärzte bereit sind, eine ambulante Praxistätigkeit aufzunehmen. Für die KVen ist es somit wichtig, dass auch im stationären Bereich ausreichende Finanzmittel langfristig und planbar zur Verfügung stehen. Im ambulanten Bereich erfolgt die Finanzierung der erforderlichen Investitionen in einer Arztpraxis ausschließlich monetarisch und wird in der Gebührenordnung bei der Höhe der Vergütung berücksichtigt. Der Arzt entscheidet auf Grund von Analysen des Marktgeschehens, der Konkurrenz, seines Patientenkontexts und der eigenen finanziellen Sachlage, welche Investitionen für den Erhalt seines Unternehmens wichtig und notwendig sind.

Aus der Erfahrung mit dieser Art der Berücksichtigung der Investitionen ist aus Sicht der KBV ebenfalls eine monistische Finanzierung auch für den stationären Bereich für die Zukunft der bessere Weg. Die Krankenhäuser werden damit in die Lage versetzt, selbst maßgeblich mit beeinflussen und gestalten zu können, welche Investitionen erforderlich sind, wie diese eingesetzt werden sollen und wie sie zu finanzieren sind. Vorhandene Mittel stehen somit für die Investitionen zur Verfügung, die ein Krankenhaus aus Gründen der Versorgung und langfristiger Strategie selbstbestimmt einsetzt, unabhängig von kommunalpolitischen oder sonstigen regionalen Einflüssen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist feststellbar, dass die Investitionen immer weiter zurück gefahren wurden; ein riesiger Investitionsstau ist aufgelaufen, der sich langfristig auch auf die Versorgung der Patienten und auf die Möglichkeit der Weiterbildung von in ausreichender Anzahl vorhandenen und gut ausgebildeten Fachärzten negativ niederschlägt.

Die KBV hält daher einen zügigen Übergang von der dualen Finanzierung zur monistischen Finanzierung für überfällig.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Köhler